



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

November 2020

Unsere „Neuen“



Zaklin Nastic und Keyvan Taheri werden in den kommenden zwei Jahren für die LINKE Hamburg sprechen.

Komplettiert wird das Geschäftsführungsteam durch Julian Georg und wie bisher Martin Wittmaack.

Glückwunsch und viel Erfolg!
(mehr auf den folgenden Seiten)

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe:
Freitag, 27.11.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bericht Parteitag	S. 2
Impressionen Trauerfeier	S. 5
Veranstaltung Kuba	S. 6
Tarifabschluss Bund/Kommunen	S. 7
Gedenken im November	S. 8
Verrboten!	S. 9
Arbeitersport / Abrüstung / Aktion	S. 10
MASch: Wo ist Marx?	S. 12
Corona + Notstandsgesetze	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14

Bericht vom Landesparteitag am 17. und 18.10.2020



Die Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Heimfeld ist nicht nach einem Freund von uns benannt. Dem zum Trotz und dazu noch Schienenersatzverkehr und Corona bedingten Auflagen, hatten wir eine weitgehend produktive nachgeholt erste Tagung des 7. Hamburger Landesparteitags. Nicht nur dank der geöffneten Türen wehte ein frischer Wind durch die Partei. Im Landesvorstand hatte sich vorab die Position durchgesetzt, eine volle Tagung in Präsenz zu machen und auch Gästen den Zugang zu ermöglichen, wofür Orte wie dieser reichlich Platz bieten. So kam echte Parteitagsstimmung auf, sogar mit erhöhter Konzentration und bisweilen auch Heiterkeit. Schon die Wahl der Kommissionen verlief entspannter als zuletzt, sie wurde einvernehmlich besser als zuvor plural besetzt. Der Landesvorstand zog seinen Vorschlag für ein Wahlverfahren ohne persönliche Vorstellung zurück, wie wir das mit einem BMV-Beschluss gefordert hatten.

Im Anschluss daran gedachten wir der verstorbenen Genossin Christine Wolfram und dem ebenfalls verstorbenen Genossen Robert Jarowoy. Dabei ließ es sich die Rednerin Kersten Artus nicht nehmen, an weitere verstorbene Genossinnen und Genossen zu erinnern und daran, dass jeder Abschied schmerzhaft ist.

Nach der ersten 30 minütigen Pause ging es richtig los mit der Vorstellung der Leitanträge: Olga Fritzsche brachte als Landessprecherin den Antrag des Landesvorstandes ein, in ihm seien die aktuellen Aktivitäten der Partei gut zusammengefasst. Kristian Glaser brachte unseren aus Mitte ein und richtete mit dem Vergleich zwischen Deutschland (Masken aus Italien und aller Welt einholen) und Kuba (in anderen Ländern mit Ärzten helfen) den Blick auf die Dimension der notwendigen Veränderungen.

Die folgende Debatte kreiste um die Frage der Kriseneinschätzung. Es dominierten klar die Beiträge, in denen betont wurde, dass die Bewältigung der Corona-Pandemie voll zu Lasten der einfachen Bevölkerung geht und damit deutlich macht, wie sehr Bundesregierung und Hamburger

Senat den Interessen des großen Kapitals folgen. Grundsätzliche Veränderungen wurden vielfach erforderlich genannt und, nicht im Widerspruch dazu, wurde zur Unterstützung der Lohn- und Friedenskämpfe aufgefordert.

Der LaVo-Antrag wurde mehrheitlich als Grundlage für die Arbeit der nächsten 2 Jahre genommen. Aber fast alle unsere Änderungsanträge waren vom Landesvorstand übernommen worden, somit trägt der Beschluss auch deutlich unsere linke Handschrift aus Mitte. Und sie wurden trotzdem alle in einem sehr sauberen Verfahren von der neu gewählten Antragskommission dem LPT bekannt gemacht und nach Widerspruch gefragt. An einer Stelle widersprach unsere Delegation aus Hamburg-Mitte einer Teilübernahme, bei der die Formulierung beibehalten worden war, nach der eine „Prämisse“ für das „Handeln der LINKEN in der Krise“ „möglichst wenig Tote durch die Corona-Pandemie“ sei. Nach einem kurzen argumentativen Schlagabtausch zum Zynismus dieser Aussage stimmten wir und der Landesvorstand einem Kompromissvorschlag der Antragskommission zu, mit dem dieser Satz gestrichen wurde. Dem widersprach Lothar Voss aus Eimsbüttel. In der Abstimmung unterlag er einer großen Mehrheit, die der Einigung von Mitte und Landesvorstand zustimmte. Der so geänderte Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen.

Am folgenden Tag stand die Neuwahl des Landesvorstandes an. Der bisherige Schatzmeister Christian Kruse präsentierte nachträglich auch die Rechenschaftsberichte für 2018 und 2019. Er betonte, dass die Mitgliederzahlen weiter gestiegen seien. Der Vorstand wurde einstimmig entlassen.

Bei der folgenden Wahl des Schatzmeisters stellte sich Julian Georg aus Wandsbek, eher ein Pragmatiker, zuerst vor. Er wolle sich an der politischen Diskussion im LaVo aktiv beteiligen, aber die Finanzbeschlüsse neutral umsetzen. Christian Kruse erklärte, er wolle die bisherige Arbeit fort-

setzen. An beide wurden viele kritische Fragen gestellt, im ersten Wahlgang erhielt keiner eine Mehrheit. Aus einer Stichwahl mit abgesenktem Quorum ging Julian Georg mit deutlicher Mehrheit hervor. Christian Kruse galt zwar als Vertreter aus dem eher linken Parteispektrum, hatte sich aber hier nicht nur Freunde gemacht. Herzlichen Glückwunsch an Julian Georg, wir wünschen ihm ein gutes Händchen.

Es folgte ein sehr kämpferisches Grußwort unserer türkischen Schwesterpartei HDP. Trotz vieler Rückschläge und inhaftierter Genossinnen und Genossen: Erdogan ist angezählt. Und: „Wir zählen auf euch, denn hier kommen Erdogans Panzer her.“



Bei der Wahl des Geschäftsführers kandidierte erneut Martin Wittmaack, als einziger und in Abwesenheit. Olga Fritzsche grüßte von ihm und stellte seine Kandidatur vor. Er wurde mit 70,3 Prozent gewählt und ihm wurden beste Genesungswünsche nach seinem Fahrradunfall übermittelt. Dies mit einem herzlichen Glückwunsch auch noch einmal von hier aus.

Bei der Wahl der Landessprecherin trat Zaklin Nastic als einzige an. Hauptthema ihrer Vorstellung war die Armutsbekämpfung, darüber hinaus unterstrich sie ihr Engagement für Menschenrechte und Frieden. Sie sei zwar aktuell auch Bundestagsabgeordnete, aber in Hamburg gut verankert und lebe weiter hier. Im Übrigen habe sie als Landessprecherin schon Erfahrung, auf der sie aufbauen könne. Sie wurde mit 63 Prozent der Stimmen gewählt, dazu einen herzlichen

Glückwunsch. Ihr nicht überragendes Ergebnis lässt sich wohl unter anderem daraus erklären, dass viele linke Genossinnen und Genossen in Hamburg eine strenge Trennung von Amt und Mandat vertreten, dass also wer ein Parlamentsmandat innehat nicht gleichzeitig ein Amt für die Partei bekleiden sollte. Wir wünschen ihr alles Gute in ihrem neuen und ehemaligen Amt, möge ihr eine gute Basisanbindung gelingen.

Bei der Wahl der gemischten Liste für die Komplettierung der Doppelspitze wurde es etwas bunter: Mit Andreas Grünwald trat ein kantiger Vertreter des linken Parteispektrums an und mit Keyvan Taheri ein einfühlsamer Pragmatiker. Der junge Genosse Marco Alexander Hosemann, der für das eher grün-liberale Feld innerhalb der Partei angetreten war, zog seine Kandidatur kurzfristig zurück. Er sei nicht mehr überzeugt, dass er der Aufgabe gewachsen wäre.

Andreas Grünwald tat seine Überzeugung kund, dass es Kern linker Politik sei, den Gegensatz von Armut und überquellendem Reichtum zu überwinden, und für Frieden einzutreten. Die so genannte Realpolitik halte er für unreal, alles würde außerparlamentarisch erkämpft. Es gelte die Partei zu demokratisieren, um mehr politische Aufmäuflichkeit auf die Straße und in die Parlamente zu

tragen.

Keyvan Taheri bedankte sich für die Unterstützung seiner Kandidatur durch seine Familie, seine Mitarbeiterinnen und die Fraktion Nord. Er wünsche sich im Vorstand eine Arbeit im Kollektiv und solidarisch mit allen Mitgliedern. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Initiativen vor Ort sei wichtig für künftige Generationen. Er wolle den sozialistischen Weg der Mitnahme aller Menschen beschreiten.

Gewählt wurde mit 54,4 zu 35,8 Prozent Keyvan Taheri - etwas überraschend nicht zuletzt für ihn. Auch ihm einen herzlichen Glückwunsch und ein gutes Händchen.

Nun ging es an die Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes, mithin zuerst an die aus

den Bezirken nominierten Vertreter*innen. Zuvor wurde noch vom Stand der Schiedsauseinandersetzung, um das Recht zur Vorstellung der aus den Bezirken nominierten Vertreter*innen bei jeder Tagung berichtet. Die Bundesschiedskommission gibt uns in der Sache recht und äußert den Vorschlag, das Verfahren auf Satzungsebene neu zu gestalten. Bei den Kandidat*innen waren einige neue Gesichter dabei, die Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit wurde vielfach als Ziel genannt.

Kristian Glaser stach hervor mit seiner sehr grundsätzlichen, politischen Kandidatur. Er nannte unseren Bezirksverband Hamburg-Mitte einen quirligen Verband, der sich nicht eindämmen lässt und verwies darauf, dass wir schon zu Beginn der Corona-Krise eine Strategie entwickelt hatten, deren Positionen auf dem LPT genauso Eingang gefunden haben wie in Anträgen an den Bundesparteitag. Alles wird gemeinsam erarbeitet und vorbereitet. Denn: Wir sind wichtig, nicht ein Mensch dürfe sterben. Der Grundsatz der Arbeiterbewegung sei: Wenn einer eingeschränkt wird, werden alle eingeschränkt. Wenn einer zu retten ist, müssen sich alle befreien.

Auch in der Antwortrunde ließ er mit seinem offenen Mundwerk so manchen einen Schrecken in das Gesicht fahren, die sie sich nicht trauen, so kritisch und/oder direkt zu sein: „Das kapitalistische Schweinesystem ist unwürdig und zum Scheitern verurteilt. Der Mensch muss dem Menschen ein Freund werden, das ist die Antwort.“ Aus der PDS-Zeit nehme er mit, wie wichtig es ist, für den Erhalt der klaren Friedensposition auf Bundesebene in die Bütt zu gehen. Der Kampf gegen die AfD sei nur egalitär zu gewinnen. Der Streit der Weltanschauungen sei wichtig, um die Pluralität der Partei produktiv zu machen. Ein Kompromiss muss ein Fortschritt sein.

Trotz eines deutlichen Stimmenzuwachses wurde er erneut nicht bestätigt, neben ihm aber dieses Mal auch Simon Demija aus Harburg nicht, bei dem einige offenbar Integrität vermissen und ihm nicht mehr eine integrierende Rolle zutrauen.

Nach kurzem Hin- und Her um die beste Nutzung der weiteren Zeit konnte plötzlich doch eine verlängerte Saalnutzung möglich gemacht werden, so dass die Wahl der weiteren Mitglieder noch angegangen werden konnte. Zunächst wurde die Gesamtgröße des LaVo im Rahmen der Satzung auf die kleinstmögliche Zahl von 19 Genossinnen und Genossen festgelegt mit dem Argument, es komme nicht auf die Zahl an, sondern darauf, wie

gut diese miteinander arbeiten würden. Für das Maximum von 21 war argumentiert worden mit der an den vielen Kandidaturen sichtbar ausgeprägten Motivation und der großen Verantwortung, die dem Vorstand zufällt.

Auf der Liste zur Mindestquotierung für Genossinnen waren so noch 6 weitere Plätze zu vergeben. Dabei wurden Anke Ehlers (Pflegekämpfe unterstützen), Irina Schnittke (Friedensarbeit fortsetzen) und Angelika Traversin (Parteiaufbau für Erfolge) wiedergewählt sowie Rhia Baguley (AntiFa und auf die Straße), Theresa Jacob (aus dem Bezirk lernen) und Christiane Schneider (Grundrechte und Erfahrungen einbringen) neu hinzu gewählt. Nicht gewählt wurden Gunhild Bernald (Aufklärung für Frieden) und Helli Laab (Gegen rechts durch Wohnungen und Arbeitsplätze für alle). Auch hier noch mal herzliche Glückwünsche und ein gutes Händchen an die Gewählten.

Für die Wahl der gemischten Liste liegen für zwei Plätze nun noch 14 Kandidaturen vor, die möglichst schnell bei einer Fortsetzungstagung zur Vorstellung und Wahl kommen sollten. Wegen der vielen Lüftungspausen und etwas Geplänkel um Verfahrensfragen (hier wäre eine weniger autoritäre Redeleitung wünschenswert, von der kritische Einwände und Anträge für demokratische Sorgfalt nicht als Angriff gewertet werden), konnten auch die weiteren Anträge nicht mehr befasst werden. Sie wurden an den Landesvorstand überwiesen - vorbehaltlich einer möglichen Befassung im weiteren Verlauf des Parteitags. Auch dazu sollte die Fortsetzungstagung Gelegenheit nun schaffen. Vor allem aber muss ein aktueller politischer Austausch vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Krisen (es gibt weiter und gab immer nicht nur Corona) möglich sein. Außerdem sollte erwogen werden, die weiteren Kommissionen (Landesschieds- und Finanzrevisionskommission) bei dieser Gelegenheit mitzuwählen.

In Hamburg-Mitte sollten wir bald nach dem Bundesparteitag zu einer Auswertung zusammenkommen. Dort haben wir auch einmal mehr zu entscheiden, wie wir solidarisch mit der Nichtwahl von Kristian umgehen.

Bescheidenheit ist keine Zier, wir brauchen uns nicht zu verstecken!

Heike Wokon und Alexander Benthin

P.S.: Bei einem Parteitag im Winter wären heiße Getränke eine gute Sache.

Impressionen Trauerfeier für Christine



Zur Erinnerung an unsere Genossin Christine Wolfram, die am 12. September verstorben ist, veranstaltete die Bezirksfraktion zusammen mit dem Bezirksverband und der BO Wilhelmsburg/Veddel am letzten Sonntag im Oktober in der Alevitischen Gemeinde eine Gedenkfeier. Knapp vierzig Genoss*innen nahmen noch einmal Abschied von Christine und erinnerten an ihr Engagement für die Partei und diversen anderen Bereichen.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einem per Video eingespielten musikalischen Beitrag von Uwe Böhm, der eigens für Christine in Memoriam ein Lied komponiert hatte (Text nebenstehend). Es folgten drei Redebeiträge: Ina Morgenroth sprach für die Bezirksfraktion, David Stoop für die BO Wilhelmsburg/Veddel und Zaklin Nastic für den Landesverband. Eine Diaprojektion mit Bildern von Christine und Zitaten von Rosa Luxemburg schloss sich den drei Redebeiträgen an. Danach nutzten mehrere Genoss*innen das Open-Mikrofon um Christine in kurzen Beiträgen zu würdigen. Stellvertretend seien hier genannt: Nicole H., Gunhild und Alexander mit einem Kulturbeitrag, Gerald K. für die LAG B&G und LAG Seniorenpolitik sowie Inge H. für die MASCH Wilhelmsburg.

Es war gut, dass es noch mal die Möglichkeit gab im Rahmen der Trauerfeier von Christine Abschied zu nehmen. Wir werden Christine nicht vergessen! Dank allen, die am Zustandekommen der Gedenkfeier mitgewirkt haben. jol

Das Leben ist endlich (Uwe Böhm)

Das Leben ist endlich. Das ist schwer zu verstehen
Es sind oft die Besten, die viel zu früh von uns gehen
Nun heißt es Abschied nehmen, die Trauer sucht sich
Raum

Es wird eine Zeitlang dauern, den Schmerz zu verdauen.

Doch diese Zeit ist wichtig. Sie hilft uns dabei.
Zurück ins Leben zu finden. Da nützt keine Litanei.
Du wirst im Gedächtnis bleiben. So klar und wunderbar.

Das wird uns immer wieder spüren lassen, wie schön
es mit dir war.

Man kann uns niemanden aus unserem Herzen reißen,
wenn wir es nicht wollen.

Man kann uns niemanden aus unserem Herzen reißen,
wenn wir es nicht wollen.

Vielleicht spendet der Gedanke uns ein klein wenig
Trost.

Dass es dort besser ist, wo du jetzt wohnst
Auch wenn dieser Ort so weit weg zu sein scheint,
hoffen wir dort auf ein Dasein von dem man hier
träumt.

Das alles ist nur Balsam und es hilft uns kaum,
die Trauer zu ertragen. Es scheint ein böser Traum.
Doch werden wir dann voller Kraft in unserem
Gedächtnis stehen,
um mit dir zusammen im Geiste den Weg weiter zu
gehen.



Man kann uns niemanden aus unserem Herzen reißen,
wenn wir es nicht wollen.

Man kann uns niemanden aus unserem Herzen reißen,
wenn wir es nicht wollen.

Du wirst im Gedächtnis bleiben. So klar und wunderbar.

Das wird uns immer wieder spüren lassen, wie schön
es mit dir war.

Die Blockade gegen Kuba muss weg

Eine Veranstaltung im Rahmen der Lateinamerikatage

Sanktionen und Menschenrechte – Die Blockade gegen Kuba muss weg!

Eintritt frei.
Es gelten die Abstands- und Hygieneregungen.

13. November 2020, 18 Uhr
Hamburger Rathaus,
Rathausmarkt 1, Raum 151

In ihrer praktischen Wirkung auf die Menschen sind die US-Sanktionen verheerend. Die Regierung soll in die Knie gezwungen, die Bevölkerung ausgehungert und von der Versorgung mit Medizin, Nahrung und Geldquellen abgeschnitten werden. Die kubanische Bevölkerung leidet seit 60 Jahren unter diesem Wirtschaftskrieg, der längsten Blockade der Geschichte.

Während kubanische Ärzteteams den Kampf gegen die Corona-Pandemie in vielen Ländern unterstützen, hat die Trump-Administration die Blockade ungenügend verschärft. Immer mehr Staaten, Institutionen und Persönlichkeiten fordern die sofortige Einstellung der Sanktionen – in Hamburg u.a. Fatih Akin, Jan Delay, Benny Adrion und Rolf Becker.

Die Geschichte der Blockade wie auch das Verhalten der EU sind Themen. Was unternimmt die EU, um gegen die Völker- und Menschenrechtsverletzungen der USA vorzugehen? Wie steht es um den Schutz von Unternehmen und Organisationen, die die Sanktionen ablehnen? Ist die EU Opfer, neutral oder gar Mittäter?

Veranstalter: Cuba Sí Hamburg und DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.
Mit Vorstandsmitgliedern des Netzwerk Cuba e.V., **Mehmet Yildiz**, Mitglied im Europaausschuss und Fachsprecher für Friedenspolitik sowie **David Stoop**, Fachsprecher für Europa.



Cuba Sí HAMBURG
DIE LINKE.
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

In ihrer praktischen Wirkung auf die Menschen wirken sich die US-Sanktionen verheerend aus. Regierungen sollen in die Knie gezwungen, die Bevölkerung ausgehungert und von der Versorgung mit Medizin, Nahrungsmitteln und Geldquellen abgeschnitten werden. Die kubanische Bevölkerung leidet seit 60 Jahren unter diesem Wirtschaftskrieg, der längsten Blockade der Welt.

Während kubanische Ärzteteams den Kampf gegen die Corona-Pandemie in vielen Ländern unterstützen, hat die Trump-Administration die Blockade ungenügend verschärft. Immer mehr Staaten, Institutionen und Persönlichkeiten fordern die sofortige Einstellung der Sanktionen – in Hamburg u.a. Fatih Akin, Benny Adrion, Rolf Becker, Jan Delay.

Außer einem Überblick über die Geschichte der Blockade durch Vorstandsmitglieder vom Netzwerk

Cuba e.V. soll auch das Verhalten der EU thematisiert werden. Was unternimmt die EU, um gegen die Völker- und Menschenrechtsverletzungen der USA vorzugehen? Wie steht es um den Schutz von Unternehmen und Organisationen, die die Sanktionen für falsch halten? Ist die EU Opfer, neutral oder gar Mittäter?

13. November 2020, 18 Uhr, Rathaus, Raum 151

Mit **Mehmet Yildiz**, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Veranstalter: Cuba Sí Hamburg und Linksfraktion Hamburg

Es gelten die Abstands- und Hygieneregungen.

Coronakrise diktiert Tarifkompromiss

Schon in der letzten Ausgabe der Mitteilungsblätter schrieb ich von dem Start der Tarifrunde Öffentlicher Dienst für die Bundes- und Gemeindebeschäftigten. Zu den Betroffenen gehören auch Betriebe, die ehemals vollständig in öffentlicher Hand waren, aber in den 90iger Jahren "outsourct" wurden. Gegründete "Tochterunternehmen" stellen dann nur noch Personal zu abgesenkten Tarifen und verschlechterten Arbeitsbedingungen ein.

Die wesentlichen Tarifforderungen waren: 4,8 % Lohn für alle, mindestens aber 150 Euro, ein Jahr Laufzeit, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro, Übernahme aller Auszubildenden, Angleichung der Wochenarbeitszeit Ost an West. Im Raum standen aber auch noch die Erhöhung der Tarife in der Alten- und Krankenpflege.

Zwei Wochen lang sorgten - auch in Hamburg - gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte dafür, dass ihre Forderungen sichtbar wurden. Besonders beteiligten sich die Asklepios-Kliniken Barmbek und St. Georg, das UKE, Bereiche der Behindertenhilfe, Hamburg Port Authority (HPA), der Stadtreinigung, Teile der Elbkinder-Kitas und die Hamburger Hochbahn, die am 22.10. den gesamten Tag streikte. Medial versuchten die Arbeitgeber die Streikenden mit Sprüchen wie "Die Beschäftigungssicherung im Öffentlichen Dienst ist schon Anerkennung genug - Streiken in Zeiten der Corona-Pandemie sei infam" zu drücken. Offensichtlich hatten sie mit der Streikbereitschaft der Kollegen nicht gerechnet!

Am letzten Wochenende dann der Abschluss: Im ersten halben Jahr - ab 1.9.20 - gibt es keine Erhöhung, ab dem 1.4.21 dann 1,4 % mindestens 50 Euro und ab 1.4.22 dann ein Plus von 1,8 %. Für die einfachen Vergütungsgruppen gibt es eine steuerfreie Einmalzahlung ("Corona-Prämie") von 600 Euro, für die mittleren von 400 Euro und für die höheren Gehälter 300 Euro. Die geforderte Gleichstellung der Ost-Arbeitszeiten auf Westniveau erfolgt in zwei Schritten ab 1.1.22 und 1.1.23 um jeweils eine halbe Stunde bis zur 39-Stunden-Woche.

In den Bereichen der Alten- und Krankenpflege wurden zum 1.3.21 und 1.3.22 Pflegezulagen von

70 und dann 120 Euro sowie Zuschläge für Arbeiten in der Intensiv-Pflege beschlossen. Ärzte in den Gesundheitsämtern erhalten eine monatliche Zulage von 300 Euro.

Nicht gelungen ist es, die Bereiche des Flughafens in die Erhöhung mit einzubeziehen. Für sie bleibt es bei einer zugesprochenen "Beschäftigungsgarantie". Nicht weiter gekommen ist Ver.di auch bei den Beschäftigten des Nahverkehrs. In den Bundesländern gelten unterschiedliche Tarifverträge. Die Gewerkschaft Ver.di drängt auf Nachverhandlungen mit dem Ziel eines einheitlichen Rahmentarifvertrages.



Ob die finanzielle leichte "Aufwertung" der Pflegetätigkeiten es attraktiver macht, diese Berufe zu ergreifen, vermag man nicht zu glauben. Gilt der Tarifvertrag doch nur für 4 % der Altenpflege, da die meisten stationären und ambulanten Einrichtungen privat sind und keine Tarifverträge haben. Von den Krankenhäusern sind ein Drittel privat und ein Drittel gehören der Wohlfahrtspflege. Nachdem jetzt die Ausbildung von Alten- und Krankenpflege zusammengelegt wird, müssen sich die Gewerkschaften mehr auf den Nachwuchs konzentrieren, um deren Tarif- und Arbeitsbedingungen einheitlich zu gestalten. Manche Krankenhäuser sollen noch vom Bund - nach Anzahl der Corona-Patienten - finanziell besser ausgestattet werden.

Ver.di fordert diese "Pflegezulage" für alle Beschäftigtengruppen in den Krankenhäusern - vom Pflegepersonal bis zu den Reinigungskräften.
ena

Woche des Gedenkens in Hamburg Mitte



Leider fast nur noch virtuell im Netz findet sie jetzt doch noch statt, die „Woche des Gedenkens“ im Bezirk Hamburg Mitte. Zum zweiten Mal nach Ende April/Anfang Mai wurde die Planung des Bezirks ein Opfer der steigenden Covid19-Zahlen. Dennoch lohnt sich auf jeden Fall ein ausführlicherer Blick auf die Webseite <https://gedenken-hamburg-mitte.de/>. Dort finden sich auch Querverweise auf alle Aktivitäten rund um den 9. November.

Gegen den inhaltenden Widerstand der DeKo aus SPD/CDU/FDP und trotz Corona-Beschränkungen haben die beiden beauftragten Macherinnen Nicole Matern und Faline Eberling ein umfangreiches Programm auf die Bildschirme gebracht. Die nunmehr ausfallenden Präsenzveranstaltungen im Museum für Hamburgische Geschichte werden zumindest als Vorträge im Netz stattfinden.

Klickzahlen sind wahrscheinlich wichtig, denn die DeKo will auf jeden Fall eine „Evaluation“ hinsichtlich der Resonanz der „Woche des Gedenkens“ – und die sollte

nicht ergeben, dass das Ganze eh niemanden interessiert und insofern folgenlos in die Tonne getreten werden kann.

Wir wollen die „Woche des Gedenkens“ auch im Bezirk Hamburg Mitte als Regelveranstaltung in jedem Jahr rund um den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus! -besel

Wagenhalle vermietet?!

Mehr als zwei Jahre stand die Wagenhalle in den Stadthöfen (ehemaliges Gestapohauptquartier an der Stadthausbrücke) leer, immer mal wieder verkündete der Eigentümer Quantum, sie sei jetzt vermietet. Stimmt bisher nie, insofern hofft(e) die Initiative Gedenkort Stadthaus bis jetzt noch darauf, dass Stadt und Quantum doch noch den Vertrag von 2009 erfüllen und einen angemessenen Gedenkort u.a. in der Wagenhalle einrichten

würden. Nun scheint der Traum vorerst aus zu sein: Lt. Abendblatt und Immobilienportalen ist die Halle an ein größeres Möbelhaus vermietet. Die Auseinandersetzung ist aber nicht zu Ende. Die Initiative wird sowie die Infektionslage es wieder zulässt ihre Mahnwachen freitags von 17 bis 18 Uhr fortsetzen.- bis der Gedenkort in angemessener Weise eingerichtet wird. -besel

Gedenken an die Reichspogromnacht

9. November, 15:30 Uhr: Mahnwache - Erinnerung und Mahnung!
anlässlich des 82. Jahrestags der Reichspogromnacht

Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), Hamburg

Es sprechen:

- Peggy Parnass
- Dr. h.c. Jürgen Lüthje - ehem. Präsident der Universität Hamburg
- Dr. Miriam Rürup - Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- Ibrahim Arslan - Überlebender des rassistischen Brandanschlages in Mölln
- Christian Kroencke - DGB Hamburg
- Claudine Hartau - Universität Hamburg
- Ilse Jacob - VVN-BdA Hamburg

- Zwei Schülerinnen eines Hamburger Gymnasiums
- Liberale Jüdische Gemeinde

Moderation: Traute Springer-Yakar - VVN-BdA Hamburg

Veranstalter:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Hamburg / Universität Hamburg

Verrboten!

müsste eigentlich in Sütterlin geschrieben werden, gibt es aber auf meinem Schlepptopp nicht

Bislang ist unseren OberpolitikerInnen (OPs), die sich so viele Sorgen um unsere Gesundheit machen, nichts außer Verboten und der Corona-App eingefallen – das ist bedauerlich.

- Da gibt es dieses Dauergerede über den Schutz der Alten und Vorerkrankten. Den jungen Leuten wird gesagt, wenn sie kein maskentragendes, abstandhaltendes Eremitentum pflegen, so seien sie auch für meinen möglichen Tod verantwortlich – wie blöd! Wenn denn unsere OPs etwas für die Alten und Vorerkrankten tun wollten, so könnten sie z.B. die Einwohnermeldeämter anweisen, allen Alten, wo immer die Grenze liegen mag, einen Gutschein über eine FFP2-Maske pro Woche zuzusenden und den Krankenkassen empfehlen, selbiges auch mit Vorerkrankten zu tun; insbesondere arme Leute könnten eine solche Unterstützung brauchen.
- Seit gut 8 Monaten höre ich die Warnung vor der zweiten Welle. So lange ist auch bekannt, dass die Tröpfcheninfektion wohl der Hauptübertragungsweg ist; vor einigen Monaten ist noch die Erkenntnis über Aerosole hinzugekommen. Klar war von Anfang an, dass die Corona-Infektionsgefahr in Innenräumen höher ist als draußen. Unsere OPs haben allerdings bislang nicht begriffen, dass Verhältnisse in Innenräumen verändert werden können; hätten sie das, so würden sie vor Monaten – in dem Wissen, dass es Kinder auch diesen Herbst noch gibt – Wissenschaftler und Techniker beauftragt haben, Geräte zu entwickeln, die Viren möglichst weitgehend aus der Umgebungsluft herausfiltern können. In <https://www.br.de/nachrichten/wissen/aerosol-e-in-raeumen-helfen-nano-luftfilter-gegen-coronavirus,S3n4Htf>; ist zu erkennen, dass sogar die Bundeswehr mal einen sinnvollen Beitrag zum Leben in Deutschland erbringen

Rotes Sommerkino jetzt auch nicht im November!

Liebe Genossinnen und Genossen, sicher ist euch nicht entgangen, dass diesmal weder ein Sommerkino im Hammer Park noch ein Novemberkino im Rauhen Haus stattfinden konnte, weil die Risiken zu hoch waren. Dieser Bild- und Tonausfall gehört natürlich nicht zu den schlimmsten dieses von der Coronapandemie geprägten Jahres, gerade auch für DIE LINKE. Wir bedauern

kann. Diese Geräte hätten sie dann in großer Zahl in Kitas, Schulen und Universitäten installieren lassen können; Kostenpunkt für die Ausrüstung aller Klassenräume bundesweit: ca. 1 Mrd. €uri. Was ist stattdessen passiert? Stoßlüften sei das Gebot der Stunde: Kinder werden schockgefrostet und SchülerInnen können sich einen Daunenschlafsack in den Unterricht mitbringen – Lernerfolg garantiert.

Was unsere OPs da machen: Verbote anstelle von Hilfestellungen ist erschreckend! Gleichzeitig setzen sie Militär ein um kaputtgesparte Gesundheitsämter und Co. zu unterstützen; ein weiterer Schritt zur Militarisierung der Gesellschaft – auch erschreckend!

Abseits unserer Gesundheit haben sie sich noch Sorgen um das Wohlergehen von Deutschlands Reichen gemacht, die Hungerleider (das ist kein Schimpfwort sondern bezeichnet Leute, die jeden Cent umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben) gehören nicht zu dieser Gruppe – auch das finde ich bedauerlich. Soweit ich gelesen habe, wird mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung wegen Corona um etwa fünfeneinhalb Prozent gerechnet. Warum müssen dann KurzarbeiterInnen auf bis zu 40 Prozent ihres Einkommens verzichten, während die Reichen Kohle ohne Ende bekommen, z.B. Quandt, Klatten, Scheffler, Thiele ohne irgendwelche Verpflichtungen etwas zum Funktionieren unseres Landes beizutragen.

Ich finde, es ist an der Zeit, derartige OberpolitikerInnen zum Teufel zu jagen und Anstrengungen zu verstärken, dass in diesem, **unserem**, Lande Politik für die Mehrheit der Bevölkerung gemacht wird und das ist neben den Hungerleidern die Mittelschicht – Friedrich der Merz gehört nicht dazu.

Und wer soll diese Anstrengungen unternehmen wenn nicht wir, DIE LINKE?

Gun aus Mümmel

ihn gleichwohl und hoffen im nächsten Jahr auf bessere Bedingungen!

Bleibt gesund und lasst euch nicht von der "Hamburger Krankheit" anstecken (ein Filmtipp der besonderen, mit Vorsicht zu genießenden Art), eure BO Hahobo (MaFi)

„Der andere Fußball. 100 Jahre Arbeiterfußball – 125 Jahre Arbeitersport“



ist das Motto der neuen Sonderausstellung, die das FC St. Pauli Museum am Millerntor zeigt. Besucher*innen erwartet eine Reise in ein fast vergessenes Sport-Universum.

In der heutzutage fast vergessenen Arbeitersportbewegung organisierten sich ab Ende des 19. Jahrhunderts Männer und Frauen aus der Arbeiterbewegung, um Sport und Klassenbewusstsein miteinander zu verbinden und sich vom nationalistisch ausgerichteten bürgerlichen Sportbetrieb abzugrenzen. Ihre große Zeit erlebte sie bis 1933. Unmittelbar nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler zerschlugen die Nationalsozialisten den Arbeitersport. Viele seiner Protagonisten wurden verfolgt, inhaftiert und ermordet. Trotz der Lebensgefahr beteiligten sich Arbeitersportler aktiv an antifaschistischen Widerstandsaktionen und Widerstandsgruppen im Untergrund. Als Teil der Arbeitersportbewegung hatten die Arbeiterfußballer eigene Verbände und Vereine, eigene Ligen, eigene Meisterschaften, eigene Publikationen – und eine eigene Philosophie: Als „Sport für alle“ setzte sich der Arbeitersport die Erhaltung der Gesundheit als oberstes Ziel. Der sportliche Erfolg sollte diesem Streben untergeordnet sein.

„Der andere Fußball. 100 Jahre Arbeiterfußball – 125 Jahre Arbeitersport“

22. Oktober 2020 bis 20. Dezember 2020

FC St. Pauli-Museum, Heiligengeistfeld 1, 20359 Hamburg

Eintritt ist im regulären Museumsticket inbegriffen (7 Euro Standard / 4 Euro ermäßigt).

Öffnungszeiten: Do 15-22 Uhr, Fr 15-19 Uhr, Sa + So 11-19 Uhr

Bundesweiter Aktionstag für Abrüstung am 5. Dezember 2020

Die von ver.di mitgetragene „Initiative abrüsten statt aufrüsten“ ruft anlässlich der Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages zu einem Aktionstag auf. Gemeinsam mit den lokalen und regionalen Friedensbündnissen wollen wir der Forderung nach Abrüstung Nachdruck verleihen. Gerade jetzt brauchen wir dringend mehr Haushaltsmittel für die öffentliche Infrastruktur, Aufgaben der Daseinsvorsorge und die Aufwertung von sozialen Berufen, wie im Bildungs- und Gesundheitssektor. Dafür wollen wir die Forderung nach Abrüstung in verschiedenen Orten unter Beachtung der Corona-bedingten Hygiene-Regeln mit Menschenketten und Bannern sichtbar machen.

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN – NEUE ENTSPANNUNGSPOLITIK JETZT!

Auszüge aus den Aufruf:

„Das Gespenst des Kalten Krieges ist zurück. Die Welt steht am Rande des Friedens, denn sie wird zu einer zerbrechlichen Einheit. Das Krebsgeschwür des Nationalismus breitet sich aus. Soziale Ungleichheiten spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und

Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert

neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit. ...

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei.“

Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Der Rüstungsexport an Krisenregionen, an kriegsführende Staaten und an diktatorische oder autokratische Regime muss schnellstmöglich beendet werden. Die Bun-

deswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus.

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation – in Hochschulen, Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft. Denn wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen.“ ...

Weiterlesen unter: <https://abruesten.jetzt> (Quelle: ver.di/ena)

Eine Brücke ist kein Zuhause

Mit einer kleinen Protestaktion auf dem Stübenplatz in Wilhelmsburg machte das Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot am Dienstag, den 7. Oktober, auf die Situation der Obdachlosen in Hamburg aufmerksam. Errichtet wurde ein Haus aus 90 Umzugskartons auf denen Obdachlose ihre Wünsche und Hoffnungen aufgemalt sowie ihre Forderungen an den Hamburger Senat aufgeschrieben hatten.



Das Bündnis forderte vom Senat mehr bezahlbaren Wohnraum in der Stadt (Sozialwohnungen, Paragraph-Fünf-Schein-Wohnungen und Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende). Kurzfristig seien mehr Übernachtungsmöglichkeiten und Aufenthaltsräume für Obdachlose einzurichten. Insbesondere mehr Einzelzimmer, um Wohnungslosen Infektionsschutz zu bieten. Leider wurde die Aktion vor Ort wenig wahrgenommen, zumindest die Medien berichteten teilweise. jol



www.marxistische-abendschule.de

Grundkurs Marxismus

es soll ihn auch 2020/21 wieder geben, den Grundkurs Marxismus der Masch e.V. „Theorie für die Praxis – 4 Tage, die es in sich haben“

- 1. Tag – Samstag, der 14. November 2020: „Erste Schritte in der Kritik der politischen Ökonomie“
- 2. Tag – Samstag, der 12. Dezember 2020: „Imperialismus – die höchste Stufe des Kapitalismus“
- 3. Tag – Samstag, der 23. Januar 2021: „Dialektischer und historischer Materialismus“
- 4. Tag – Samstag, der 13. Februar 2021: „Sozialismus oder der Traum von einer besseren Gesellschaft“

jeweils von 11 – 18 Uhr.

Aufgrund der Corona-Auflagen findet der Grundkurs in kleinerem Rahmen statt. Falls ihr Interesse an dem Grundkurs habt, schickt unbedingt eine Mail an: info@marxistische-abendschule.de. Ihr bekommt dann alle weiteren Informationen zugesandt.



Wo ist Marx? Wir werden sehen!

Für Neumitglieder und junge Genoss*innen bietet Hartmut Obens eine Online-Lerngruppe „Marxismus basics“ an. Wer Lust hat, in einer Lerngruppe mitzumachen, der sollte eine Mail schreiben an: HObens@t-online.de.

Es werden Grundkenntnisse marxischen Denkens und Analysierens diskutiert, wie z. B.: Was ist der Mensch? Was unterscheidet den Menschen vom Tier? Was ist Arbeit? Was sind Produktionsverhältnisse? Was sind Klassen? Was ist der Staat? Was ist Revolution? Was ist Ausbeutung? Was ist Mehrwert? Was bedeutet Lohnarbeit? Was bedeutet „Akkumulation des Kapitals“? Was ist Krise, welche Funktion hat sie für den Kapitalismus?

Wenn Euch so etwas interessiert, dann seid Ihr hier richtig!

Geplante bundeseinheitliche Regelungen beim Infektionsschutzgesetz

Wer die Medien und Nachrichten in der letzten Zeit verfolgte, wird zur Kenntnis genommen haben, dass nun bei neuen zukünftigen Regelungen des Infektionsschutzgesetzes, künftig in allen 16 Bundesländern einheitliche Regelungen gelten sollen. Es scheint sich in der Bundesregierung ein Paradigmenwechsel zu vollziehen. Setzte man noch am 20.03.2020 auf die Anwendung von 16 verschiedenen Rechtsverordnungen zur Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes in jedem der 16 einzelnen Bundesländer, wird es wohl diesbezüglich einige wichtige Neuerungen geben.

Bereits Anfang 2020 äußerten sich zahlreiche Rechtsgelehrte dahingehend, dass das derzeitige Vorgehen aufgrund von Covid 19 in Form von Rechtsverordnungen aus Art.80 GG nicht vernünftig wäre. Allerdings möchte man aber auch gleichzeitig einen neuen Lockdown, also eine neue Ausgangssperre, verhindern und die Infektionsherde und Infektionsketten steuern. Wie dem auch sei, wird uns dieses Coronaproblem wohl noch einige Zeit länger in Schach halten.

Als „die **Notstandsgesetze**“ im engeren Sinne werden die Grundgesetzänderungen bezeichnet, die am 30. Mai 1968 – in der Zeit der ersten Großen Koalition – vom Deutschen Bundestag und am 14. Juni vom Bundesrat verabschiedet sowie am 24. Juni 1968 von Bundespräsident Lübke unterzeichnet wurden. Außerdem wurde – bereits seit Ende der 1950er Jahre eine ganze Reihe von sog. „einfachen“ (nicht-verfassungsändernden) Notstandsgesetzen verabschiedet. Die Beratungen über diese Gesetzespakete wurden von massiven Protesten der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (APO) begleitet. Die Notstandsgesetze änderten das Grundgesetz zum 17. Mal und fügten eine Notstandsverfassung ein, welche die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisensituationen (Naturkatastrophe, Aufstand, Krieg) sichern soll. Während im Gesetzentwurf von 1960 zwar noch von „Ausnahmestand“ unter anderem als Überschrift eines neu einzufügenden Abschnittes X a – die Rede war, kamen das Wort „Notstand“ – und Komposita mit „Notstand-“ – in diesem und den späteren Entwürfen immer nur in den erläuternden und begründenden Ausführungen, aber nie im vorgeschlagenen Gesetzestext vor. Auch in der schließlich verabschiedeten Fassung kam das Wort *nicht* vor. Auch in der heutigen Fassung des Grundgesetzes kommt „Notstand“ bzw. ein Kompositum mit „-notstand-“ nur in zwei Artikeln vor,

die beide aber *nichts* mit den Notstandsgesetzen zu tun haben.

Ursprünglich hatte der – vom Verfassungskonvent auf Schloss Herrenchiemsee im August 1948 ausgearbeitete – Entwurf für das Grundgesetz ein exekutives Notverordnungsrecht (inklusive Grundrechtssuspendierung) enthalten, was sich an die entsprechende Regelung in der Weimarer Verfassung von 1919 anlehnte. Danach sollte im Fall eines Notstands die Bundesregierung bzw. die betroffene Landesregierung das Recht erhalten, Notverordnungen zu erlassen und Grundrechte außer Kraft zu setzen. Auch Bundesexekutionen gegen Bundesländer, die ihren Pflichten nicht nachkamen, waren vorgesehen, wie sie die Weimarer Verfassung als Reichsexekution gekannt hatte. Die Entscheidung darüber sollte aber nicht wie in der Weimarer Republik dem Staatsoberhaupt, sondern der Bundesregierung obliegen, die dabei aber der Zustimmung des Bundesrats bedurfte.

Die ersten Pläne für Notstandsgesetze wurden bereits 1956 vom Bundesinnenministerium vorgelegt, es folgten weitere Entwürfe in den Jahren 1958, 1960 (sogenannter Schröder-Entwurf), 1963 (sogenannter Höcherl-Entwurf), 1965 (sogenannter Benda-Entwurf) und 1967 (sogenannter Lücke-Entwurf). Von Entwurf zu Entwurf fand jedoch eine Stärkung parlamentarischer Rechte und (verfassungs)gerichtlicher Kontrolle bei gleichzeitiger Schwächung exekutiver Sondervollmachten statt.

Die verfassungsändernden „Notstandsgesetze“ von 1968 wurden durch das Gesetz vom 24. Juni 1968 geregelt: Es wurden 28 Grundgesetz-Artikel geändert, aufgehoben oder eingefügt.

Wir können von Glück sagen, dass das Coronaproblem nicht zum Notstand geführt hat und hierfür ein Spezialgesetz, das Infektionsschutzgesetz greift. Allerdings werden auch weiterhin Eilverfahren nach § 123 VwGO von Betroffenen betrieben, die sich in ihren Grundrechten verletzt sehen. Solange es noch keinen Impfstoff gegen Covid 19 auf dem Markt gibt, ist mit einer dauerhaften Überlastung der Justiz zu rechnen. Hinzuzuzählen wären da noch die Lage von Freiberuflern, Selbständigen, die aufgrund der zahlreiche Einschränkungen nun nicht mehr ihren Lebensunterhalt auskömmlich bestreiten können.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten.

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall *coronabedingt ausgesetzt*

Montag, 09.11., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 *entfällt*

Dienstag, 10.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"
Anderer Sitzungsort!

Donnerstag, 12.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 18.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 18.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 19.11., 17:30 Uhr

Sitzung der Bezirksversammlung
(wahrscheinlich wieder im **Livestream**)

Dienstag, 24.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Dezember 2020

Dienstag, 08.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 10.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 14.12., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Dienstag, 22.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"
Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX